

Doppelte Gefahr für geprellte Sparer

Im mutmaßlichen Betrugsfall Kiener erwarten Fachleute, dass Insolvenzverwalter und Finanzämter Geld von den Anlegern fordern

Von Markus Zydra

Frankfurt - Privatanleger, die ihr Geld in die beiden K1-Fonds des mutmaßlichen Kapitalbetrügers Helmut Kiener investiert haben, müssen mit Rückforderungen vom britischen K1-Insolvenzverwalter rechnen. Außerdem droht den Anlegern Ärger mit dem deutschen Finanzamt, denn auch Scheingewinne sind steuerpflichtig.

Betroffen sind die Fonds K1 Global und K1 Invest. Beide werden derzeit vom britischen Insolvenzverwalter Grant Thornton auf den britischen Jungferninseln abgewickelt: Bekannt ist, dass K1 Invest kein Kapital mehr hat, mehr als 100 Millionen Euro sind weg. Dem Vernehmen nach liegt auch im K1 Global kein Geld mehr. Auch deshalb hat Grant Thornton im Schreiben an die Anleger mitgeteilt, man suche nach Möglichkeiten, von dritter Seite Geld aufzutreiben, um eigene Auslagen bezahlen zu können. Im Visier hat Thornton dabei die Anleger der K1-Fonds und zwar solche, die sich ausbezahlt ließen, bevor die Fonds im Mai 2009 dichtgemacht wurden.

Der SZ liegt ein Fall vor, in dem ein Sparer 1999 rund 20 000 Euro in K1-Genussrechte steckte und sich bereits 2006

rund 30 000 Euro auszahlen ließ. Der Anleger hatte mit Gewinn investiert und der Betrag wurde ihm überwiesen. Das hört sich gut an, aber Kiener schrieb allen Anlegern jedes Jahr Gewinne gut. Nur die wenigsten Sparer ließen sich diese aber rechtzeitig ausbezahlen. Nur so konnte sich das mutmaßliche Schneeballsystem über Jahre hinweg halten.

Anleger könnten nun Probleme bekommen, obwohl es sich auf den Kontoauszügen nur um Scheingewinne handelt. „Finanzämter besteuern Erträge auch dann, wenn sie nur gutgeschrieben und nicht ausbezahlt wurden“, sagt der Münchner Rechtsanwalt **Peter Mattil**. Zudem befürchtet der Experte, dass Insolvenzverwalter Grant Thornton die geleisteten Auszahlungen von den privaten Sparern zurückfordern könnte. Grant Thornton reagierte nicht auf eine schriftliche Anfrage, aber die Rückforderung erscheint plausibel. In einem vergleichbaren Betrugsfall kam es so für die Investoren.

Dieser Fall liegt schon einige Zeit zurück: Der seit Jahren mit Haftbefehl gesuchte Ulrich Engler soll mit seiner Gesellschaft PCO 180 Millionen Euro von leichtgläubigen Anlegern veruntreut haben. Ähnlich wie Kiener warb Engler über Strukturvertriebe in Deutschland, Österreich und der Schweiz Tausende

Kunden. Nach SZ-Informationen haben einige Anleger kürzlich ein Schreiben erhalten, in dem sie aufgefordert werden, ihre früher erhaltenen Ausschüttungen an den US-Insolvenzverwalter von PCO zu überweisen. Ähnliche Forderungen könnten nun auch auf die K1-Investoren zukommen. „Wir raten, keine Zahlungen zu leisten. Das ergibt sich aus Artikel 40 des internationalen deutschen Privatrechts EGBGB“, sagt **Mattil**.

Der Psychologe Helmut Kiener sitzt seit Ende Oktober in Würzburg in Untersuchungshaft. Er soll die französische Bank BNP Paribas und das britische Institut Barclays um 280 Millionen Euro geprellt haben. Mit den Banken hatte Kiener vereinbart, das Kapital in mehrere Hedgefonds zu investieren. Der 50-Jährige warb mit traumhaften Renditen von 17,5 Prozent jährlich. Schon Ende der neunziger Jahre hatte er Ärger mit der deutschen Finanzaufsicht Bafin.

Private Sparer haben über Genussrechte weit mehr als 100 Millionen Euro in die Kiener-Fonds gesteckt. Eine ähnlich hohe Summe dürfte in K1-Zertifikate geflossen sein, die von Barclays emittiert wurden. Es handelt sich um das X1 Global Indexzertifikat und das Garantiezertifikat Swisselect 26. Als Emittent ist Barclays verpflichtet, die Wertpapie-

re zurückzunehmen, doch die Rückkaufpreise sind niedrig. Kiener, so der Verdacht, soll das Kapital der Banken und der Sparer in seine beiden insolventen Fonds K1 Invest und K1 Global geschleust haben, um es dann für Privat-zwecke zu verwenden. (Kommentare)